

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932**

8.8.1932 (No. 183)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher  
Str. 14  
Gemeinderat  
Nr. 953  
und 954  
Postfach  
Karlsruhe  
Nr. 9515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
J. B.  
G. H. Seyfried  
Karlsruhe

**Wesugspres:** Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. — Samstag 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassentabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Str. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interzent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfahnen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 26. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Geschäftsbericht der Landesversicherungsanstalt Baden für das Jahr 1931

Der soeben erschienene Geschäftsbericht des Vorstandes der Landesversicherungsanstalt Baden ist ein getreues Spiegelbild unserer wirtschaftlichen Verhältnisse, denn im Jahre 1931 nahm die Krise so recht eigentlich ihren Anfang. Seit dieser Zeit beginnt auch das Absinken der Einnahmen der Landesversicherungsanstalt, weil durch die im größeren Maße einsetzende Arbeitslosigkeit die Zahl der beschäftigten Arbeiter und damit die Anzahl der verkauften Marken ständig zurückging. Nach Stückzahl betrug der Markenverkauf

1929	1930	1931
26 574 948	24 891 009	21 383 318.

Somit ist der Beitragsausfall überaus stark. Das Rechnungsjahr 1931 schloß mit einem Fehlbetrag von 8 267 322 RM., gegenüber dem Voranschlag, der 4 250 000 RM. vorsah, ab. Beim Kleinvermögen, das am 31. Dez. 1930 noch 57 103 773 RM. betrug, ist eine Verminderung um 8 267 322 RM. auf 48 836 451 RM. eingetreten; darunter befinden sich 11 689 170 RM. Grundbesitz und bewegliche Einrichtung. Der Vorstand hat natürlich dieser bedauerlichen Entwicklungsbildung Rechnung abzugeben von der Durchführung der Notverordnung vom 8. Dez. 1931, welche der Anstalt ab 1. Jan. 1932 eine monatliche Ersparnis von rund 300 000 RM. brachte, nahm er eine Verminderung des Personalbestandes vor und schloß schweren Herzens die Heilstätte Nordrach-Kolonie, in welcher 170 Frauen und Kinder untergebracht werden konnten, Ende Dezember 1931.

Die Leistungen der Landesversicherungsanstalt Baden sind ja ganz beträchtlich. Für Renten waren allein 33 632 140 RM. ausgegeben, ein Betrag, mit dem viel Elend und Not — auch wenn die Rentenbeträge für den einzelnen sehr niedrig sind — gemindert wird. Wäre dieser Betrag gleichmäßig auf alle Einwohner verteilt worden, hätte jeder, ob Kind oder Greis, 14,10 RM. erhalten. An diesem Beispiel einer ganz groben Umrechnung kann man ungefähr abschätzen, welche Summen in einem Jahr in eine Gemeinde hineinkommen. Es betrug die Invalidenrenten ohne Kinderzuschuß im Jahr 1914 durchschnittlich 208 RM. jährlich, im Jahre 1931 464 RM., die Witwenrenten einschließlich Zusatzrente 1914 jährlich 79 RM., 1931: 259 RM.

Große Zahl der eingegangenen Rentenansprüche. Nicht weniger als 13 600 Invaliden- und 4 927 Hinterbliebenen-Rentenansprüche, zusammen 18 527, lagen im Jahre 1931 dem Vorstand zur Verberufung vor. Solche Entscheidungen sind im Hinblick auf den schlechten finanziellen Stand der Invalidenversicherung nicht leicht; immerhin wurden im Feststellungsverfahren 11 892 Renten bewilligt. Abgelehnt mußten werden 2565 Anträge. Insgesamt liefen am Ende des Berichtsjahres noch 88 947 Renten mit einem Gesamtjahresaufwand von rund 33 Millionen Reichsmark.

Nicht minder hoch einzuschätzen ist die sogenannte vorübergehende Heilfürsorge der Anstalt, welche als Ziel hat, die Versicherten gar nicht erst ernstlich krank werden zu lassen. Zu diesem Zweck wurden im Jahre 1931 für Heilverfahren verausgabt fast 3 Millionen Reichsmark, in genauen Zahlen 2 896 894 RM. In den Heilstätten Friedrichsheim-Buffenheim (Amt Mühlheim), Nordrach-Kolonie (Amt Offenburg) und Hirschhalde bei Bad Dürrenheim werden diese Kuren, zu welchen stets viele Meldungen vorliegen, durchgeführt. In ersterer Anstalt betragen die Verpflegungstage für Kranke 138 206, in Nordrach-Kolonie 52 205 und in Hirschhalde 22 429. Die erzielten Heilserfolge sind durchaus zufriedenstellend; sie halten leider nicht immer an, wenn die Geheilten in ihre, meistens sozial schlechten Verhältnisse zurückkehren müssen.

Die Bekämpfung der Tuberkulose. Es ist zu begrüßen, daß der Bericht den Rückgang der Sterblichkeit an Lungentuberkulose festzustellen in der Lage ist. Danach betrug diese 1925 auf 10 000 Lebende 9,7 Todesfälle, 1931 aber nur noch 6,6. Bedauerlich wird mit Recht das künftige Fehlen der Mittel zur weiteren Bekämpfung der gefährlichen Krankheit. Im allgemeinen betragen die durchschnittlichen Kosten eines Lungentuberkulosepatienten im Berichtsjahr 1054 RM. Die Landesversicherungsanstalt stellt erhebliche Mittel zur Verfügung, und zwar als Mitgliedsbeitrag an den Bad. Landesverband zur Bekämpfung der Tuberkulose 20 000 RM., als Zuschuß für den Betrieb der Tuberkulosefürsorgestellen 30 000 RM., für nachgehende Fürsorge 130 000 RM. und als Zuschuß an die Bezirks- und Ortstuberkuloseauschüsse 13 000 RM.

Die Krebskrankheit. Auch hier sucht die Anstalt vorbeugend und heilend zu wirken. Auf ihre Initiative hin fanden im vorigen und in diesem Jahre die öffentlichen Sammlungen zur Beschaffung von Radium — das bekannte Krebsheilmittel — statt; dann hat sie als besonderen Beitrag zur Radiumbeschaffung 10 000 RM. und zu Forschungszwecken für Professor Dr. Berner in Heidelberg 6000 RM. angewiesen. Für die Bekämpfung des Krebses im allgemeinen erhält der Landesverband 25 000 RM. und außerdem trägt die Landesversicherungsanstalt für die Geschäftsführung dieses Verbandes sowohl die persönlichen wie auch die sachlichen Verwaltungskosten, die ihm eine Ersparnis von 4—5000 RM. bringen.

Zwangsbeiträge der Versicherungsbeiträge. Es liegt im Rahmen der Zeitverhältnisse, daß die Zahl der sogenannten Zwangsbeiträge der Beiträge für die Invalidenversicherung wesentlich gestiegen sind; so in Karlsruhe von 369 im Jahre 1930 auf 456 im Jahre 1931; in Pforzheim von 323 auf 427; in Offenburg von 227 auf 311; in Badolzell von 150 auf 180; insgesamt von 2246 auf 2511 Fälle. Das Jahr 1932 dürfte auf diesem Gebiete eine Besserung nicht bringen.

Dem Bericht sind auch beigegeben die Jahresberichte der schon erwähnten Heilstätten Friedrichsheim und Buffenheim.

### Letzte Nachrichten Nach der Rückkehr des Reichskanzlers

#### Vor der Notverordnung gegen Terror — Beginn der Umbildungsverhandlungen — Die Politik des Zentrums

BRN, Berlin, 8. Aug. (Priv.-Tel.) Wie wir erfahren, hat sich Reichskanzler von Papen nach seinem Eintreffen in Berlin heute vormittag logisch über die Terrorakte unterrichtet lassen, die sich während seines Urlaubs ereignet haben. In unterrichteten Kreisen rechnet man damit, daß nun doch heute oder morgen die Notverordnung gegen politische Ausschreitungen erlassen wird, die das Kabinett grundsätzlich bereits vorige Woche beschlossen hat. Eine neue Kabinettsitzung ist für die Intraffaktion der Notverordnung nicht erforderlich, vielmehr handelt es sich im wesentlichen nur darum, daß dem Reichspräsidenten die vom Kabinett beschlossene Ermächtigung zur Einsetzung von Schnellgerichten gegeben wird. Das dürfte der hauptsächlichste Inhalt der neuen Notverordnung sein.

Für den morgigen Dienstag oder für spätestens Mittwoch erwartet man in politischen Kreisen den Beginn der Besprechungen über die Klärung der innerpolitischen Verhältnisse, wie sie sich aus den Reichstagswahlen ergeben haben. Diese Besprechungen sind offenbar bereits eingeleitet, und zwar vor allem durch eine Fühlungnahme zwischen Adolf Hitler und dem Reichswehrminister von Seldener. In Kreisen, die der Reichsregierung nahe stehen, wird grundsätzlich der Standpunkt vertreten, daß die Notwendigkeit eines betonten Präsidialkabinetts durch den Wahlausfall bestätigt worden ist, daß aber auf der anderen Seite eine Beteiligung von Vertretern der Partei geboten erscheint, die aus den Wahlen als die stärkste Begabene hervorgegangen ist. Damit sind die beiden Hauptgesichtspunkte gekennzeichnet, unter denen die Verhandlungen dieser Woche geführt werden.

Besonders interessiert man sich in diesem Zusammenhang in politischen Kreisen natürlich auch für die Haltung, die das Zentrum einnehmen wird. Vorläufig ist die Haltung der Zentrumspartei aber weiter abwartend. Das einzige, was nach außen sichtbar gesehen ist, ist die Auffstellung der Kölner Richtlinien. Die maßgebenden Männer des Zentrums sind noch nicht in Berlin. Der Parteiführer, Prälat Kaas, weilt in Norditalien und Dr. Brüning ist ebenfalls auf Urlaub. In einem Berliner Monatsblatt wird angefündigt, daß Prälat Kaas noch in diesem Monat von der Parteileitung zurücktreten, und daß dann der Parteiausführer Dr. Brüning zum Parteiführer wählen werde. Wichtig ist daran, daß Prälat Kaas in der Tat leidend ist und daß man in unterrichteten Kreisen deshalb schon seit einiger Zeit mit der Abnahme seines Amtes durch Brüning rechnet. Diesen Wechsel kann aber nicht der Parteiausführer übernehmen, sondern nur der Parteitag selbst. Der letzte Parteitag des Zentrums hat vor zwei Jahren stattgefunden. Bisher ist über seine nächste Einberufung auch in sonst gut unterrichteten Zentrumskreisen noch nichts bekannt. Im allgemeinen hat man den Eindruck, daß das Zentrum zunächst die kommenden Verhandlungen über die Regierungsumbildung abwarten und sich dann entscheiden wird, ob es im Reichstage eine Politik der Tolerierung von Fall zu Fall durchführt.

### Seanzösisches Seien

Einweihung des Gefallenendenkmals von Douaumont  
Der Präsident der französischen Republik hat Sonntagmorgen das in seinem Ausmaß gewaltige Gefallenendenkmal von Douaumont bei Verdun eingeweiht. Am 10. Weibhaus hatten Truppenabteilungen und Abteilungen von Frontkampferorganisationen Aufstellung genommen. Nachdem Marschall Petain, Kriegsminister Paul Doumer und der Präsident der Republik Anreden gehalten hatten, schloß die Feier mit dem Vorbeimarsch der Truppen der Garnison von Verdun und der ehemaligen Frontkämpfer. Präsident Lebrun begrüßte es in seiner Rede, daß Zeugen des menschlichen Wahnsinns bestehen geblieben seien, weil sie die Völker vor dem Vergessen schützten. Er betonte den Friedenswillen Frankreichs und sagte, Frankreich werde an seinem Ziel festhalten, aber man dürfe nicht von ihm verlangen, die Sorge um seine Sicherheit aufzugeben, solange der Friedensgeist nicht allenthalben herrsche.

Mit großem Aufwand wurde am Sonntag ferner in Bannes die 400jährige Wiederkehr des Tages begangen, an dem das Herzogtum Bretagne mit Frankreich vereinigt wurde. Ministerpräsident Herriot nahm an der Festlichkeit teil. Auf das aus diesem Anlaß in Bannes errichtete Denkmal war ein Bombenanschlag verübt worden, der das Denkmal zertrümmerte.

Die Haager Entscheidung im Niemestreit soll diese Woche fallen.

Nordrach-Kolonie und Hirschhalde. Sie zeigen uns, in wie starkem Maße die vorbeugende Heilfürsorge geübt wird.

So gibt der Geschäftsbericht für 1931 ein recht informierendes Bild über die vielseitige und sozial im weitesten Maße helfende Tätigkeit der Landesversicherungsanstalt Baden. Mit Recht ist daran erinnert, daß die Invalidenversicherung jetzt volle 40 Jahre segensreich wirkt, denn das Invaliden- und Altersversicherungsgesetz ist bekanntlich am 1. Januar 1891 in Kraft getreten. Der kommende Reichstag wird sicher alles einsehen, um diese Versicherung über die schwere finanzielle Krise der Gegenwart hinwegzubringen.

### Die Präsidialgewalt

Staatssekretär Dr. Meißner, der Chef des Büros des Reichspräsidenten, hat „Reclams Universalum“ bedeutsame Ausführungen über die Befugnisse des Reichspräsidenten zur Verfügung gestellt, denen wir folgendes entnehmen:

Die geschriebenen Verfassungen der Völker sind nicht wesenlose Gebilde und für die Ewigkeit festgelegt; sie sind entwicklungsfähig wie die Staatsvölker selbst, deren Leben zu regeln sie bestimmt sind. Auch die Artikel der Reichsverfassung geben Raum genug, in dem durch Anpassung und durch Ausdehnung das geschriebene Recht sich weiterentwickeln kann. Die Reichsverfassung hat dem Reichspräsidenten die Rechte des formellen Staatsoberhauptes übertragen, darüber hinaus hat sie ihm aber noch als Gegengewicht gegen das Parlament eine bestimmte Mitwirkung bei der Gesetzgebung verliehen. In den ersten Jahren der Geltung der Weimarer Verfassung überwog der Parlamentarismus. Erst später fanden die dem Reichspräsidenten verfassungsmäßig eigenen Rechte ein größeres Anwendungsgebiet, so daß die Befugnisse des Staatsoberhauptes sich allmählich zu dem steigerten, was man heute als Präsidialmacht bezeichnen kann.

Die Verfassung überträgt dem Reichspräsidenten die wichtige Funktion der Bildung der Reichsregierung. Dem Reichspräsidenten gebührt die Auswahl der Persönlichkeiten, die die Reichsregierung bilden. Nach Artikel 54 bedürfen der Reichskanzler und die Reichsminister zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Reichstags. Die Berücksichtigung der Mehrheitsverhältnisse im Reichstag ist aber keine staatsrechtliche Pflicht des Reichspräsidenten, mag sie auch häufig eine politische Notwendigkeit sein. Aus dem Rechte des Reichspräsidenten, die Mitglieder der Reichsregierung zu ernennen und zu entlassen, ergibt sich seine Befugnis, ständig über die Staatsgeschäfte informiert zu werden, Bericht oder Vortrag einzufordern sowie selbst den Vorsitz der Reichsregierung zu führen. Hierbei steht ihm aber weder eine Stimme noch die Entscheidung bei Stimmengleichheit zu.

Ein Rückblick auf die Praxis der Regierungsbildung — seit der Staatsumwälzung haben wir 18 verschiedene Regierungen gehabt — zeigt, daß der Reichspräsident in den ersten Jahren, ohne durch verfassungsrechtliche Bestimmungen dazu verpflichtet gewesen zu sein, lediglich aus Gründen politischer Zweckmäßigkeit bei der Bildung der einzelnen Regierungen sich nach den Parteien und Fraktionen des Reichstags und nach ihrem Zusammengehen zu einer Mehrheit gerichtet und daß er bei der Zusammenziehung der Reichsregierung meistens die Parteivorschläge übernommen hat, mit anderen Worten, daß also anfangs das Parlament bei der Regierungsbildung entscheidend war. Der zweite Reichspräsident hat sich bei den Regierungsbildungen von den Parteien unabhängig gemacht, so bei der Regierungsbildung nach den Neuwahlen im Mai 1928. In einer amtlichen Verlautbarung vom 27. Juni 1928 erklärte Reichspräsident von Hindenburg, daß er es „ablehnen müsse, in Ausübung seiner verfassungsmäßigen Rechte sich von einer Fraktion für die Zusammenziehung des Reichskabinetts besondere Vorschriften machen zu lassen“. Besondere Initiative des Reichspräsidenten trat bei der Bildung der Regierung Brüning am 30. März 1930 in Erscheinung, als er unter den verschiedenen sich ihm bietenden Möglichkeiten der Regierungsbildung die Lösung wählte, aus Mitgliedern des Reichstags ein Kabinett zu bilden, ohne daß die Grundlage einer Parteienkoalition vorhanden war.

Während bis zum Jahre 1932 die Reichsregierungen lediglich entweder infolge einer Beschlussfassung des Reichstags zurücktraten, oder weil sie keine Mehrheit des Reichstags mehr hinter sich fühlten, ist kürzlich zum erstenmal eine Reichsregierung außerhalb des Reichstags durch politische Meinungsverschiedenheiten mit dem Reichspräsidenten zum Rücktritt veranlaßt worden. Die Initiative des Reichspräsidenten zeigte sich bei der Bildung der gegenwärtigen Regierung von Papen insbesondere dadurch, daß diese Regierungsbildung völlig unabhängig vom Reichstag erfolgte, und daß dieses Kabinett keine Persönlichkeiten umfaßt, die dem Reichstag als Abgeordnete angehören.

Ein Rückblick auf die seit der Staatsumwälzung erfolgten zahlreichen Regierungsbildungen zeigt, daß die anfänglich allein ausschlaggebende Macht des Reichstags — infolge seiner Zersplitterung in viele Parteien und bei schwieriger werdenden innerpolitischen Verhältnissen — Schritt für Schritt hinter der steigenden Macht des Reichspräsidenten zurückgetreten ist. Das wichtigste Gegenrecht des Reichspräsidenten dem Parlament gegenüber ist seine, im Artikel 25 der Reichsverfassung ihm gegebene Befugnis, den Reichstag aufzulösen. Der deutsche Reichspräsident besitzt dadurch ein gewichtiges politisches Machtmittel, das seine Stellung weit über die Stellung vieler anderer republikanischer Präsidenten und sogar mancher Monarchen erhöht. Der Reichspräsident kann jedoch von diesem Recht nur einmal aus dem gleichen Anlaß Gebrauch machen. Dann muß die Neuwahl innerhalb 90 Tagen erfolgen.

Für außerordentliche Fälle verleiht Artikel 48 unter bestimmten Voraussetzungen dem Reichspräsidenten eine zeitlich und inhaltlich beschränkte Diktaturgewalt. Dieser Artikel 48 gibt dem Reichspräsidenten für jeden Fall einer erheblichen Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung eine weitgehende außerordentliche Gesetzgebungsgewalt, einerlei, ob diese Störung sich durch Unruhen im Lande oder durch Auftreten wirtschaftlicher Gefahren offenbart, mit der Befugnis, alle zur Abwehr dieser Gefahren erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Durch die hier dem Reichspräsidenten übertragenen Befugnisse geht seine verfassungsmäßige Macht erheblich über die manchen anderen Staatsoberhäuptern, der republikanischen wie monarchischen, gegebene staatsrechtliche Stellung hinaus. In der Zeit von 1919 bis 1924 sind 134

Notverordnungen ergangen, die zunächst nur zur Abwehr innerer Unruhen erlassen wurden, dann aber auch zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit wirtschaftliche und finanzielle Vorschriften enthalten. Die wirtschaftliche Krise, die Ende 1929 einsetzte, führte seit der Zeit von 1930 bis heute zu einer immer steigenden Anwendung des Notverordnungsrechts des Artikels 48. Vom 1. Januar 1930 bis heute sind insgesamt 75 Verordnungen auf Grund des Artikels 48 ergangen. Zwar hat auch eine Reihe von Verordnungen den Waffenmißbrauch und die Bekämpfung politischer Ausschreitungen zum Gegenstand, ihr weitaus größerer Teil betrifft aber finanzielle und wirtschaftliche Rechtsvorschriften von zum Teil sehr erheblichem Umfange. Neben dem Rechte zu außerordentlichen Maßnahmen und zu außerordentlicher Gesetzgebung hat der Reichspräsident nach Artikel 48 weiter das Recht der Reichsregulation. Er kann also ein Land, das die ihm nach der Reichsverfassung oder den Reichsgesetzen obliegenden Pflichten nicht erfüllt, mit Hilfe der bewaffneten Macht dazu anhalten. Der Reichspräsident selbst entscheidet — unter der verfassungsmäßigen Gegenzeichnung

— darüber, ob die Voraussetzungen zu diesem Eingreifen gegeben sind. Ebenso bestimmt er im Einzelfalle die anzuwendenden Maßnahmen. In der obersten Befehlsgewalt des Reichspräsidenten über Reichswehr und Reichsmarine kommt der Gedanke der Reichseinheit sehr klar zum Ausdruck. Nach der Weimarer Verfassung ist im Gegensatz zu der Rechtslage der früheren Reichsverfassung die militärische Befehlsgewalt des Reichsoberhauptes durch keinerlei Kontingenzrechte der Bundesstaaten mehr beschränkt. Amt und Würde des Reichspräsidenten haben in Deutschland keine Vorgeschichte und keine Überlieferung. Diese Überlieferung muß erst geschaffen werden. Die beiden ersten deutschen Reichspräsidenten haben in ihrer verantwortungsbewußten Art von den Rechten, die ihnen die Reichsverfassung gibt, tatkräftigen Gebrauch gemacht. Sie haben das Amt des Reichspräsidenten nicht als das eines bloßen Repräsentanten der Nation, sondern als das eines wirklichen Führers des deutschen Volkes aufgefaßt und so die Stellung des Reichsoberhauptes im politischen Leben Deutschlands Schritt für Schritt gefestigt.

## Sortdauer des politischen Terrors

### Maßnahmen dagegen gefordert

Der rechtsstehende Berliner „Kollalanzeiger“ schreibt unter der Überschrift „Macht ernst!“: Das sittliche Recht zum Einschreiten gegen die alte Preußenregierung hat die Reichsregierung vor allen Dingen daraus geschöpft, daß diese der ständigen blutigen Bruderkämpfe nicht Herr wurde. Die Reichsregierung würde dieses sittliche Recht verlieren, wenn sie nicht mit allen, auch drakonischen Mitteln, ihrerseits für Wiederherstellung des inneren Friedens sorgte. Jede Autorität, auch die des Reichspräsidenten, steht nachgerade auf dem Spiel. Das ist die Sachlage. Sie erlaubt und erfordert nur eins: Schleuniges, durchgreifendes Handeln.

Die „Kölnische Zeitung“ erklärt u. a., jede Erörterung, ob man jetzt noch für die illegalen Elemente die Schonfrist verlängern solle, sei gegenstandslos geworden. Der Zeitpunkt sei also da, an dem ernst gemacht werden müsse. Das Blatt fordert die Einrichtung von Sondergerichten, zusammen mit sehr scharfen vorbeugenden Polizeimaßnahmen, und betont weiter, auch eine Verhängung des Ausnahmezustandes wäre durchaus angebracht, zum mindesten in den besonders bedrohten Gebieten, denn dort könne die Sicherheit von Leib und Leben anders kaum mehr gewährleistet werden.

### Weitere schwere Ausschreitungen

Die Chronik der terroristischen Ausschreitungen muß leider fortgesetzt werden:

In Oshreufen wurde in der Nacht zum Sonntag der Reichsbannerführer Kaban in Löhren vor dem Büro des Landarbeitersverbandes von Nationalsozialisten erschossen, nachdem es zu einem Streit mit SA-Leuten gekommen war. Auch aus anderen Teilen der Provinz werden weitere Terrorakte gemeldet. In Königsberg sind bisher aufgeklärt worden drei Tattatellenzerstörungen und fünf Brandstiftungen. 31 der SA angehörende Täter sind geständig. In Orlitzburg wurde in eine Gastwirtschaft eine Brandbombe geworfen. Eine vor dem Finanzamt niedergelegte Bombe explodierte nicht.

Weitere derartige Vorfälle werden aus Pommern, Schlesien und anderen preußischen Gebieten berichtet. In Anklam wurde auf die Wohnung eines nationalsozialistischen Führers ein Feuerüberfall verübt. In Stolp wurden gegen die Wohnungen eines Reichsbannerführers und eines Kommunistenführers mehrere Schüsse abgegeben. In Liegnitz wurde das Braune Haus und eine NSDAP-Unterkunft nachts beschossen. In Hinderburg verjagten Kommunisten heute früh, das SA-Geheim zu überfallen. Bei Brieg wurden in Groß-Neudorf und in Woielade Rüstungskisten gegen die Wohnungen von Sozialdemokraten abgegeben. In Bunzlau wurde auf das SA-Geheim und einen Nationalsozialisten von linksradikaler Seite ein Überfall verübt. Die Polizei verhaftete einen ehemaligen Ruffen. In Ratibor wurde auf die Hauptgeschäftsstelle des Zentrumsblattes „Obererschlesische Rundschau“ ein Handgranatenanschlag verübt. Es ist nur Sachschaden entstanden. In Kassel kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Kommunisten und der Eisernen Front, bei dem zwei Teilnehmer schwer verletzt wurden. Wegen der Sprengstoffanschläge in Schleswig-Holstein sind vier Personen verhaftet worden. In Mülheim wurde an der Nebenstelle des Arbeitsamtes ein Sprengkörper zur Explosion gebracht.

### Die letzten Nachrichten

Wie aus Mennsburg gemeldet wird, ist es gelungen, die Handgranatenwürfe und Sprengstoffanschläge, die in der vergangenen Woche große Verwüstung in ganz Schleswig-Holstein hervorriefen, aufzuklären. Bis heute früh sind sieben Personen, an deren Täterschaft kein Zweifel mehr besteht, verhaftet worden. Die Verhafteten sollen angeblich sämtlich Mitglieder der SA sein.

In Jannowitz (Niesengebirge) wurde gegen die Konsumierdelage heute früh ein Sprengstoffattentat verübt. Es entstand erheblicher Sachschaden.

Zum letzten Sprengstoffanschlag in Braunschweig teilt die Polizei u. a. mit, daß zwei der festgenommenen gestern ein umfassendes Geständnis abgelegt haben. Bei beiden Tätern handelt es sich um Mitglieder der NSDAP.

In Kreife Kimpfisch (Schlesien) wurde in die Wohnung des Kreisvorsitzenden der SPD, und Reichsbannerführers Kaufmann in Heiderdorf heute, Montag, früh gegen 4 Uhr eine Handgranate geworfen. In das Schlafzimmer des sog.-dem. Funktionärs Ost in Großniegnitz wurde ebenfalls eine Handgranate geworfen. In Gollschau wurde dem Lehrer und Amtsvorsteher Giska gleichfalls eine Handgranate in die Wohnung geworfen. In sämtlichen Fällen wurde nur Sachschaden angerichtet.

In Waldenburg wurde auf das Geschäftsgebäude der sozialistischen „Wegwacht“ heute früh gegen 3 Uhr ein Anschlag verübt. Vier große Schaufenstergehäuse wurden durch Steinwürfe und Revolvergeschosse zertrümmert. — Zur gleichen Zeit wurden zwei große Schaufenstergehäuse eines Kaufhauses bei Waldenburg durch Steinwürfe zertrümmert. — Ferner wurden vier Revolvergeschosse auf die Wohnung des sozialdemokratischen Amts- und Gemeindevorstebers in Dittersbach bei Waldenburg abgegeben.

In Allenstein wurde aus einem fahrenden Auto heute, Montag, früh um 2 Uhr gegen das Geschäfts- und Wohnhaus des Kommunisten Abraham eine Bombe geschleudert. Personen wurden nicht verletzt.

In Reichenburg (Ostpreußen) wurde eine Bombe vor einer Drogerie zur Explosion gebracht, zwei weitere Bomben vor zwei Kaufhäusern.

### Die Terrorakte in Königsberg

W.D. Königsberg, 8. Aug. (Tel.) Der kommissarische Polizeipräsident teilt folgendes mit:

Anlässlich des Besuches des von dem Reichskommissar nach Königsberg entsandten besonderen Beauftragten ließ sich dieser von den Sachbearbeitern über die einzelnen Fälle und ihre Bearbeitung unterrichten. Er hat der Auffassung Ausdruck gegeben, daß von der Polizei entlassen und umständig unter äußerster Anspannung aller Kräfte vorgegangen worden ist. Bei der Erörterung von Maßnahmen zur Bekämpfung weiterer Ausschreitungen wurde insbesondere ein noch schärferes Einschreiten gegen unbefugtes Waffenführen beschlossen. Es wurden auch die Handhaben besprochen und vorbereitet, die von der angeführten Notverordnung der Reichsregierung zur Bekämpfung des politischen Nondhums und besonders der Sprengstoffverbrechen erwartet werden.

Auf Grund einer Anzeige ist der kommissarische Polizeipräsident in eine Nachprüfung der erteilten Genehmigungen zur Führung von Waffen eingetreten. Dabei ist festgestellt worden, daß solche Genehmigungen anscheinend auf Grund eines Sammelantrages erteilt worden sind. Diese Waffenscheine sind offenbar auf persönliche Anordnungen des früheren Polizeipräsidenten ausgestellt worden, unter Abweichung vom normalen Geschäftsgang. Der kommissarische Polizeipräsident hat die sofortige Einziehung solcher Waffenscheine bereits angeordnet.

## 21. Deutscher Feuerwehrtag in Karlsruhe

### Der Hauptfesttag, der Sonntag

Nachdem am Samstagnachmittag noch auf dem Streifemannplatz Übungen badißer Feuerwehrcorps stattgefunden hatten, denen sich technische Vorführungen und Fachvorträge im Konzerthaus anschlossen, sowie eine Reihe kameradschaftlicher Zusammenkünfte, brachte der Sonntag den Höhepunkt der Tagung. Je näher das Wochenende heranrückte, um so größer wurde die Zahl der Gäste in der Landeshauptstadt. Schon am Samstagabend beherrschten die Uniformen der Feuerwehrmänner das Straßenbild vollkommen. Und noch immer liefen dichtbesetzte Züge und Postkraftwagen aus Baden, Württemberg, Bayern und der Pfalz ein. Sonntag früh zählte man bereits 12 000 Feuerwehrlente, wozu sich im Laufe des Tages noch mehrere Tausend anderer Festteilnehmer gesellten. Man schätzt, daß 18—20 000 Gäste den Sonntag des Karlsruher Feuerwehrtages miterlebten.

### Der Festzug

Kaum je noch hat Karlsruhe einen Umzug von diesen Ausmaßen erlebt, selten war aber auch der Wettergott einer solchen Veranstaltung so günstig gesinnt. Lange vor 11 Uhr schon säumten Tausende und aber Tausende die ganze Kaiserstraße, durch die vom Mühlburger Tor her der Zug pünktlich seinen Weg nahm, um nach Vorbeimarsch am Rathaus sich schließlich in der Beiertheimer Allee aufzulösen, und keiner wurde müde, die anderthalb Stunden lang fast ununterbrochen — ein kurzer Halt unter Glockengeläute galt dem Gedenken der toten Kameraden — vorbeiziehenden Feuerwehrlente durch Zuruf, durch Lärmschwenken und Klumen zu begrüßen. Wer von höchstem Standpunkt aus einmal die ganze flaggengeschmückte Kaiserstraße mit ihren unendlich vielen, in hellstem Sonnenglanz aufblühenden Helmen übersehen konnte, dem wurde klar, daß die Zahl von 10 000 Teilnehmern eher zu niedrig gegriffen war, freilich fehlte aber auch, getreu dem obersten Grundsatz „Alle für Einen, Einer für Alle!“, der auf mancher flatternden Fahne zu lesen war, trotz der Not der Zeit kaum ein Vertreter von jeder deutschen Wehr.

Der Zugplan sah drei große Abschnitte vor. Seine Spitze eröffnete berittene Polizei, Anfang und Ende jeder Abteilung erkannte man wieder daran, daß die weitere Gliederung Reitertruppen der Reitervereine Karlsruhe, Darlanden, Eggenstein und Anielingen übernommen hatten. Dieser überblicklichen Anordnung bedurfte es jedoch nicht einmal, denn jeder einzelnen der insgesamt 82 Zugnummern wurden noch Schilder mit genauer Bezeichnung vorangetragen. Und so marschierten denn, angeführt von Musikkorps und Spielmannszügen, die Kameraden aus nah und fern in vorbildlicher Fucht und strammen Schrittes durch die Straßen, mit unter den ersten das Präsidium des Badischen Landesfeuerwehrverbandes, dem mit dem Banner des RLF die Freiwillige Feuerwehr Mannheim als derzeitige Fahnenkompanie folgte. Ihr schlossen sich unmittelbar die Abordnungen aus der Eichelhofslawake, aus Osterreich und der Schweiz sowie aus Mainz an, denen sich dann Anhalter und Braunschweiger und (besonders zahlreich) Bayern, Pfalz und Saar vor den norddeutschen Feuerwehren anreiheten.

Den Mittelteil des Festzuges bildeten in der Hauptsache die Hessen und Württemberger, zwischen denen aber auch Gäste aus der Ostgrenzmark (Posen und Westpreußen), aus der Rheinprovinz, aus Sachsen, Thüringen, Westfalen und Schleswig-Holstein in fackeltragender Aufmarschreihen. Der dritte Zugabschnitt trug die Bezeichnung „Baden“, und darunter waren nun so ziemlich alle 11 Kreise vertreten, auch ihrerseits ein machtvolles Zeugnis vaterländischer Verbundenheit ablegend, das seit jeher die deutsche Feuerwehr auszeichnet und sie neben der deutschen Turnerschaft mit ihren zwei Millionen Mitgliedern zur segensreichsten Gründung im Dienst des deutschen Volkes gemacht hat.

Während der erste Teil des Zuges sich auflöste, hatten seine letzten Teilnehmer noch längst nicht die Hälfte ihres Weges passiert und bis die originellen Trachtengruppe „Willingen Feuerwehr vor hundert Jahren“, die zusammen mit der Freiwilligen Sanitätskolonne Karlsruhe den hübschen Abschluß bildete, den Streifemannplatz erreichte, war die zweite Mittagsstunde fast vorbei. Besonders lebhaftes Ovationen wurden den Festzugsteilnehmern natürlich vor dem Rathaus entgegengebracht, wo sich viele Ehrengäste versammelt hatten und wo beim Vorbeimarsch außer den im Zug befindlichen Kapellen noch drei weitere Musikkorps abwechselungsweise aufspielten. S. Sch.

### Der Ausklang des Sonntags

Nachmittags von 3 Uhr an übten wiederum verschiedene auswärtige Wehren am Streifemannplatz, während in der städtischen Festhalle gutbesuchte technische Vorführungen und Vorträge mit Lichtbildern stattfanden.

Der Abend brachte als Abschluß dieses ereignisreichen Sonntags eine

### große Festveranstaltung im Stadtpark,

mit Musik- und Gesangsvorträgen, bengalischer Beleuchtung des Sees und der Anlagen, Bootsfest und Serenaden. Betieiligt waren die Feuerwehrcapellen von Heidelberg, Freiburg, Baden-Baden, Forzheim, Offenburg und Karlsruhe, sowie die Gesangsvereine „Badenia“ Karlsruhe und Karlsruher Männergesangsverein. Die Serenaden während des Bootsfestes wurden vom Karlsruher Handharmonikaspielzug und von der 1. Karlsruher Mandolinengesellschaft ausgeführt.

Unzählige rote Lampions gaben dem See und seinen Ufern ein märchenhaftes Bild und trugen wesentlich dazu bei, die gehobene Stimmung der Refordbesucherzahl unseres Stadtparks noch mehr zu festigen. Nach dem reibungslos abgewickelten, entzückenden Bootsfest auf dem Stadtparksee folgte die bengalische Beleuchtung des Sees und seiner Ufer, die lebhafteste Freude erweckte. Während des ganzen Abends spielten

abwechslnd die obengenannten Musikkapellen und forderten immer wieder zu starken Beifallsstundebungen heraus. Den Höhepunkt des Gartenfestes bildete jedoch der große Zapfenstreich der Infanterie und Kavallerie, der gemeinsam von sämtlichen beteiligten Musikkorps in ganz hervorragender Weise vorgetragen wurde. Die Stabführung hatte beim Zapfenstreich der Infanterie Kapellmeister Otto Schulz (Heidelberg), bei der Kavallerie-Regimenter Kapellmeister Albert Segebrecht (Forzheim). Der Zapfenstreich hatte der Süddeutsche Rundfunk in sein Programm aufgenommen und seinen Hörern damit bestimmt einen großen Gefallen erwies.

### Der Reichspräsident

#### an den 21. Deutschen Feuerwehrtag

Auf das an den Reichspräsidenten von Hindenburg übermittelte Ergebnistelegamm ist folgende Antwort eingelaufen:

„Besten Dank für Begrüßungstelegramm. Nehme Gelobnis der Treue und opferwilligen Hilfsbereitschaft gern entgegen. Allen Angehörigen des Feuerwehrtages sende ich in aufrichtiger Anerkennung der hervorragenden Leistungen der braven deutschen Feuerwehrmänner herzliche Grüße.“

„S. v. Hindenburg, Reichspräsident.“

### Die große Haupt- und Schauübung der Feuerwehr Karlsruhe

Im Mittelpunkt der Übungen stand die am Sonntagvormittag auf dem Streifemannplatz veranstaltete große Haupt-, Schau- und Angriffsübung der örtlichen Karlsruher Wehren unter der Leitung von Branddirektor Wilde und Brandingenieur Stattenroth. Um halb 9 Uhr wurde die Feuerwehr nach der städtischen Festhalle gerufen, wo, nach der Übungsdeklaration, während eines Mastenfalls die Bühnendekoration in Brand geriet, der an der Holzkonstruktion des Gebäudes reichlich Nahrung fand. Es wurde sofort das Stichtwort „Großfeueralarm“ gegeben, worauf die gesamten örtlichen Wehren in kürzester Zeit am Standort eintrafen.

Zunächst galt es bei der Übung, die in dem Gebäude sich befindenden Menschen aus den verammelten Ausgängen zu holen. Alsdann gingen die Mannschaften zum Innenangriff über, der typisch für eine moderne Brandbekämpfung ist: Man sieht außerhalb des Gebäudes nur wenige Feuerwehrlente beschäftigt. Die meisten waren mit Gasdruckmasken oder Sauerstoffgeräten ausgestattet, im Innern des brennenden Gebäudes verschunden, um dem Feuer möglichst direkt an seinem Herde zu Leibe zu gehen, und vor allem, um wenig Sachschaden durch die Bekämpfung mit Wasser anzurichten. Diese Art der Feuerbekämpfung erfordert nicht nur eine ausgezeichnete Schulung der Mannschaften, sondern ist auch weit gefährlicher, als die Wasserlöschung von außen her. Aus diesem Grunde war es auch nicht möglich, einen äußerlichen Frontalangriff zu zeigen. Parallel mit der Innenbekämpfung ging die Ubrriegelung der gefährdeten Nachbargebäude (städt. Bierordbad, die Bauideliken des Stadtgartens sowie das Konzerthaus). Polizei und Sanitätskolonnen wirkten mit.

Die Karlsruher örtlichen Wehren erbrachten mit der Lösung dieser gewiß schwierigen und umfangreichen Aufgabe den überzeugenden Beweis, daß sie im Ernstfall sehr wohl in der Lage sein werden, große und gefährliche Brände in der raschesten und zweckmäßigsten Weise erfolgreich zu bekämpfen. Die große Haupt- und Schauübung, deren Idee aus einem wirklichen Ereignis, dem schrecklichen Hoftheaterbrand in Karlsruhe im Jahre 1847, geschöpft wurde, dürfte aber auch den etwa 20 000 Zuschauern aus Feuerwehrkreisen und der Zivilbevölkerung die beruhigende Gewißheit gegeben haben, daß die Einwohnerschaft der Landeshauptstadt sich unter dem Schutz ihrer Feuerwehr wohl geborgen fühlen kann.

Zusammenarbeit der Feuerwehrindustrie. Zur Karlsruher Feuerwehr-Fachausstellung ist darauf hinzuweisen, daß die Aufbauten der Feuerwehrautomobile, welche die Firma Mercedes-Benz ausgestellt hat, von der Firma Metz (Karlsruhe) ausgeführt sind, während die Chassis der von dieser Firma ausgestellten Feuerwehrautomobile ein Erzeugnis von Mercedes-Benz (Gaggenau) sind.

### Kleine Chronik

Deutschland hat auf der Olympiade in Los Angeles kein Glück. Die Florettfechterin Helene Meyer aus Offenbach, eine der größten Hoffnungen, wurde z. B. gleich dreimal geschlagen. In der Gesamtwertung schieben sich jetzt die Italiener in Front. Die meisten Punktspiele haben vorläufig immer noch die Amerikaner aufzuweisen.

Der Start zum zweiten Stratosphärenflug Prof. Piccards in Zürich ist frühestens in der zweiten Hälfte der nächsten Woche zu erwarten. In der Gondel wird diesmal eine komplette Bergausrüstung mit Eispickel und Notproviant für mehrere Tage mitgeführt. Es soll kein neuer Rekord aufgestellt, sondern wieder eine Höhe von 16 000 bis 18 500 Meter erreicht werden. In der Gondel wird eine kleinere Radioeinrichtung mitgeführt.

Ein betrunkener Kraftwagenführer in Jena überfuhr zwei Fußgänger, die tödlich verletzt wurden.

Ein Beamter einer Pariser Großbank ist wegen Unterschlagung von 16 Millionen Francs verhaftet worden. Dem Verhafteten war es gelungen, persönliche Beziehungen zu verschiedenen Bankkunden anzuknüpfen, von denen er im Laufe der Zeit Wertpapiere in beträchtlicher Höhe unter dem Vorwande herauslocken konnte, damit lukrative Spekulationen ausführen zu wollen.

An der atlantischen Küste bei Vigo ist ein Rutter gesunken. Von der 22 Mann starken Besatzung konnten nur zwei gerettet werden.

## Kein Abbau des Tarif- und Schlichtungswesens

Eine Meldung über einen Abbau des Tarif- und Schlichtungswesens, die in der Berliner Presse umlief, trifft, wie mitgeteilt wird, nicht zu. Irrendwelse Änderungen des Tarif- und Schlichtungswesens auf gesetzlichem Wege sind nicht geplant. Wichtig ist lediglich, daß eine elastischere Gestaltung der Verbindlichkeitserklärungen in der Richtung erfolgen soll, daß solche Verbindlichkeitserklärungen nur unumgänglichenfalls ausgesprochen werden sollen. Diese Zurückhaltung bei Verbindlichkeitserklärungen lag auch schon in der Linie der alten Regierung und entsprach auch dem Standpunkt des Reichsarbeitsministers Siegelwald. Es komme immer zuerst darauf an, die Aufrechterhaltung eines Betriebes zu gewährleisten und Stilllegungen nach Möglichkeit zu verhindern.

## Kurze Nachrichten

Der Reichskanzler ist gegen Mitternacht in Berlin eingetroffen und hat heute die Amtsgeschäfte wieder übernommen.

Weitere Durchführungsbestimmungen zur Wohlfahrtsbillsverordnung. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlichte eine auf Grund der Wohlfahrtsbillsverordnung vom 14. Juni 1932 erlassene Verordnung über die Grundzüge, nach denen vom 31. August 1932 ab die Zahlung der Wohlfahrtsbeiträge vorzunehmen ist.

Reichswehrminister von Schleicher traf heute, Montag vormittag, zum Besuch der Reichsmarine in Kiel ein. Der Reichswehrminister wird sich auf dem Kreuzer „Königsberg“ einschiffen, um an den Flottenübungen in der Ostsee teilzunehmen.

Die preussische Landtagssitzung am 16. August fällt aus, weil eine große Tagung der nationalsozialistischen Abgeordneten aus Reichstag und Landtag stattfindet! Da die letzte Landtagssitzung ausfallen und nicht ordnungsmäßig abgeschlossen war, hat der Präsident ohne weiteres das Recht, den Termin der nächsten Tagung festzusetzen und er kann daher trotz des letzten Beschlusses des Altestenrates eine Änderung des Termins vornehmen.

Eröffnung der Autostraße Köln-Bonn. Mit einer zeitgemäßen, schlichten aber eintragsvollen Feier wurde am Samstag die moderne Autostraße der Öffentlichkeit übergeben. Die vierspurige plantreuzungsfreie, nur dem Kraftwagenverkehr dienende Straße von Köln nach der 20 Kilometer entfernten Universitätsstadt Bonn, ist mit einem Kostenaufwand von 6,6 Mill. Reichsmark erstellt worden.

Die Hilfspolizei. Die Besprechungen des Reichsinnenministers mit den Ministerpräsidenten von Oldenburg, Mecklenburg-Schwerin sowie dem Innenminister von Braunschweig haben, wie von zutreffender Seite erklärt wird, sichergestellt, daß keinerlei Parteiformationen in staatlichen Funktionen verwendet werden dürfen. Die Bildung von Formationen, denen polizeiliche Befugnisse übertragen werden, ist nicht zulässig.

Nähertritt des schwedischen Ministerpräsidenten. Der schwedische Ministerpräsident Ekman ist im Zusammenhang mit der Kreuzer-Affäre zum Nähertritt veranlaßt worden. Außer einer Summe von 50 000 Kronen, die er im September 1931 von Kreuzer entgegennahm, hatte er Anfang Februar dieses Jahres noch ein zweites Mal 50 000 Kronen für die freifinanzierte Organisation von vier Kreuzer erhalten. Dieser Betrag ist jetzt an die Kontraktverwaltung aus eigenen Mitteln zurückgezahlt. Der bisherige Finanzminister Samrin ist zum Ministerpräsidenten ernannt worden.

Macdonald in Irland. Premierminister Macdonald befindet sich seit einigen Tagen in Irland bei Lord Londonderry in der Nähe von Newtownards. „Daily Mail“ erklärt, daß er nach Irland nur gekommen sei, um drei bis vier Tage völlig der Ruhe zu pflegen. Er befaßt sich augenblicklich in feiner Weise mit der irischen Frage.

Regierungskrise in China. Der chinesische Ministerpräsident ist zurückgetreten. Der Militärchef Liang Shichang über die „passive Politik“ der Militärführer des Nordens in der Frage der Mandchurie. Es folgten der Rücktritt des Finanzministers und des Justizministers Lo Wen Kan. Es werden Besprechungen laut, daß noch andere führende Mitglieder der Regierung zurücktreten werden.

## Städt. Konzerthaus Karlsruhe

### „Das Veilchen vom Montmartre“

Das neue Werk — übrigens die erste wirkliche Novität der Sommerpielzeit — ist zwar kein besonderer Glückswurf in der Reihe der bisher so erfolgreichen Aufführungen, aber doch immerhin eine artige Zugabe. Was fehlt und was man gerade bei einer Operette um so mehr vermißt, weil für sie ausgerechnet der Titel „Das Veilchen vom Montmartre“ gewählt wurde, ist das spezifisch französische. Weder Text noch Musik haben sich an Pariser Eindrücke angeschlossen, es bleibt beiderseits bei einer recht äußerlichen Beziehung zum eigentlichen Milieu, und die Scharben der Handlung könnten schließlich genau so gut irgendwo ganz anders als unter dem Dach jener drei bekannten Bohémiens, denen Henry Murger zum literarischen und Puccini schon einmal zum musikalischen Nachruhm verholfen hat, wieder gelitten werden.

Es hat indessen auch diesmal die Aufführung selbst sich erhebliche Mühe gegeben, diesem „Veilchen vom Montmartre“ einige gewinnende Züge anzuschminken. Dadurch ist nicht nur die etwas brüchige Szenerie des Ballets, obwohl es von Julius Brammer und Alfred Grünwald stammt, doch mit dem Glanz einer halbechten Pariser Folie versehen worden, sondern auch die Vertonung von Emmerich Kálmán, die anfänglich ein bißchen verflacht klingt und allzu oft gehörten Vorbildern nachläuft, hat nicht ohne Erfolg einige spannendere Akzente erhalten. In der Mitte der handfesten Inszenierung, durch die Emil Reihner aus der unpraktischen Konzertbühne merkwürdig Gutes herausholt, steht Eva Schwarz als Heldin des Stückes, die erst singend betteln gehen muß und um deren Gesang und Herz dann andere betteln. Ihr gegenüber spielt Ida Bauer die Rolle der eleganten und in Herzenssachen nicht so delikaten Ninon sehr überzeugend. Nebenher fallen natürlich auch noch dem Text der Bohémiens, in dem Gaid Lortif den Maler, Alfred Pierment den Dichter und Leo Wagner den Musiker spielen und singen, dankbare Aufgaben zu; eine mimische Extraleistung hat sich außerdem wieder Otto Schnitzer referiert innerhalb des fast gesamtbesetzten Personals, das vom Dirigentenpult her Bruno Bilzer mit altbewährter Routine und Sorgfalt betreut.

Da somit auch bei dieser Premiere an Vorbereitung, Besetzung und Ausstattung wieder ganze Arbeit getan wurde, bereitete das Publikum allen Verantwortlichen und Mitwirkenden mit Recht freundliche Ovationen. Das Parkett geht eben mit „seiner“ Sommer-Operette durch die und dann, auch wenn einmal das Werk nicht restlos begeistert und wenn der Dank somit mehr den Darstellern und weniger dem selbstsam verblühten Veilchen gelten darf, statt dessen man besser und unbedingt zugkräftiger etwa die exotische „Blume von Sabai“ (sollte uns schon vegetative Kost vorgelegt werden) gewählt hätte.

D. Sch.

## Badischer Teil

### Professor Dr. M. Schlegel tritt in den Ruhestand

Am 1. August d. J. ist der Direktor des Tierhygienischen Instituts an der Universität Freiburg i. Br., Prof. Dr. M. Schlegel, nach 35jähriger Tätigkeit im badischen Staatsdienst kraft Gesetzes in den Ruhestand getreten.

Nach erlangter Approbation als Tierarzt übte er in den Jahren 1890 bis 1893 tierärztliche Praxis in Löfingen und Kirchgarten aus; in den folgenden Jahren besiedelte er an der ehemaligen tierärztlichen Hochschule in Dresden, der jetzigen tierärztlichen Fakultät der Universität Leipzig, die Stelle eines Assistenten und las u. a. über physikalische Diagnostik und propädeutische Klinik. In Würdigung seiner wissenschaftlichen Arbeiten und Befähigungen wurde er im Jahre 1897 vom Ministerium des Innern als wissenschaftlicher Leiter der Tierhygienischen Abteilung des Hygienischen Instituts der Universität Freiburg i. Br. berufen. Zwei Jahre später wurde er zum a.o. Professor und zum Vorstand des in der Zwischenzeit selbständig gewordenen Tierhygienischen Instituts ernannt. Im Jahre 1904 erfolgte seine Ernennung zum Honorarprofessor, 1908 zum ordentlichen Honorarprofessor und 1920 zum Direktor des Tierhygienischen Instituts.

Als Lehrer und Forscher hat Prof. Schlegel Hervorragendes geleistet. Zahlreiche wissenschaftliche Veröffentlichungen stammen aus seiner Feder. Von besonderer Bedeutung waren seine klassischen Versuche über die Rotpestimpfung und die Malleinprobe, die die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Bekämpfung dieser damals verheerend auftretenden und heute ganz erloschenen Pferdepeste geschaffen haben. Da erfolgreich verlaufende Seuchenbekämpfung ohne wissenschaftliche Forschungsstätte nicht denkbar ist, wurde von Prof. Schlegel schon bald, nachdem er in den badischen Staatsdienst getreten war, der Plan der Errichtung eines allen Anforderungen entsprechenden Instituts aufgenommen und mit der ihm eigenen Energie und Fähigkeit nicht mehr aus den Augen gelassen, bis es im Jahre 1905 fertiggestellt war. Es ist die Arbeits- und Bildungstätte für zahlreiche Tierärzte geworden und hat segensreich für die badische Landwirtschaft und die Volksgesundheit gewirkt. So darf Prof. Schlegel, dem dank eines außerordentlich stark ausgeprägten Pflichtgefühls und nie ermüdenden Arbeitswillens reicher Erfolg beschieden gewesen ist, mit dem Gefühl des Stolzes und der Freude auf eine langjährige, ersprießliche Tätigkeit im staatlichen Dienste zurückblicken. Möge die eiserne Gesundheit, der er sich stets hat erfreuen dürfen, auch im Ruhestand ein steter Begleiter bleiben.

### Aus der badischen Landwirtschaft

Gute Aussichten für die Tabakerte. Wie aus Sodenheim (bei Mannheim) berichtet wird, steht der Tabak auf den Tabakfeldern im allgemeinen sehr gut. Hauptächlich der Frühjahrspflanzung sehr viel, während die spätere Pflanzung durch das feuchte Wetter sehr gelitten hat. Die Aussichten für die kommende Ernte sind also günstig und man erwartet einen leichteren Jahrgang. Bei den Sodenheimer Pflanzungen liegen insgesamt noch etwa 2500 Hektar der vorjährigen Ernte, die fermentiert wurden unter Jollderschlag. Kleine Mengen von 100 bis 200 Hektar werden gelegentlich verkauft, der letzte Preis betrug 85 RM.

### Aus der Landeshauptstadt

Deutschland auf der Welttelegraphen- und Funkkonferenz. Der Präsident der Oberpostdirektion Karlsruhe, Gies, ist, wie das „Karlsruher Tagbl.“ erfährt, zum Führer der deutschen Delegation bei der Welttelegraphen- und Funkkonferenz, die Anfangs September in Madrid stattfindet, bestimmt worden.

Verhalten beim Reisen. In letzter Zeit mehren sich die Fälle, daß Reisende durch zu weites Hinauslehnen oder durch Hinausfahren der Hände aus den Wagenfenstern von vorbeifahrenden Jüngen verletzt werden. Auch durch unvorsichtiges Festhalten an den Rahmen offener Türen oder durch leichtfertiges Anlehnen an unverschlossene Türen entstehen immer wieder Unfälle, die lediglich auf fahrlässiges Verhalten der Reisenden zurückzuführen sind. Die gegenwärtige Reisezeit gibt Veranlassung, auf die Notwendigkeit der persönlichen Vorsicht beim Reisen erneut und eindringlich hinzuweisen. Die Eisenbahn haftet nicht für Unfälle, von denen Reisende durch eigenes Verschulden infolge Unachtsamkeit der im Verkehr zu fordernden Sorgfalt betroffen werden.

Sommer-Operette im Städtischen Konzerthaus. Am heutigen Montag findet eine geschlossene Vorstellung für die Volkshäuser statt. Die nächste öffentliche Aufführung ist am Dienstag, den 9. August. An diesem Abend wird die bei der Erstaufführung am Samstag, den 6. August, mit stürmischem Beifall aufgenommene Operette „Das Veilchen vom Montmartre“ wiederholt.

## Kurze Nachrichten aus Baden

### Die Wahnacht in Freiburg

Die sozialdemokratische Freiburg „Volkswacht“ hatte über schwere Übergriffe und Ausschreitungen der Nationalsozialisten in den Städtischen Stillhinger und Haslach in der Wahnacht berichtet. Die Polizeidirektion teilt jetzt dazu mit, daß Sonntagabend gegen 2 Uhr früh ein polizeiliches Überfallkommando nach der Ferdinand-Weißstraße im Stadtteil Haslach entsandt wurde, weil von nationalsozialistischer Seite um polizeilichen Schutz gegen besagte Kommunisten gebeten worden war. Die Beamten brachten die dort wohnenden SA-Mitglieder in ihre Wohnungen und suchten die angrenzenden Straßen ab, konnten aber nichts Verdächtiges bemerken. Zu Zusammenstößen kam es nirgends. Auch hat eine Annäherung polizeilicher Befugnisse durch die Nationalsozialisten, wenigstens während der Annäherung der Polizei, nicht stattgefunden. Die Angelegenheit wird weiter untersucht. Im übrigen stellt der Polizeibericht fest, daß die Wahnacht in Freiburg durchaus ruhig verlief und keine einzige Anzeige bei der Polizei erhoben worden ist.

Opp. Mannheim, 7. Aug. Wie der Polizeibericht mitteilt, wurden in der Nacht vom Freitag auf Samstag in Neckarau zwei auf dem Heimweg befindliche Arbeiter, die der NSDAP angehören, in der verlängerten Schulstraße von politischen Gegnern überfallen, von den Mätern getroffen und mit Schüssen und mit einer Luftpumpe so mißhandelt, daß sie sich in ärztliche Behandlung begeben mußten. Fünf Täter wurden festgenommen und ins Bezirksgefängnis eingeliefert.

Hd. Enningen, 4. Aug. Oskar Daubmann beabsichtigt, mit Unterstützung seines früheren Bataillionsführers, Major Bumüller (Sigmaringen), nunmehr seine Erlebnisse während seiner fast 16 Jahre langen Gefangenschaft schriftlich niederzulegen.

W. M. Mässbach (bei Achern), 8. Aug. Sonntagvormittag während des Hochantes erschloß der 40 Jahre alte Landwirt Richard Böhrer auf der Straße seinen Nachbar, den 64 Jahre alten Landwirt August Lemminger mit drei Schüssen, von denen er in den Arm, in den Rücken und in die Halsschlagader getroffen wurde. Lemminger konnte sich noch mit letzter Kraftanstrengung in ein Nachbarhaus schleppen, in dessen Eingang er nach wenigen Minuten im Beisein seiner Frau verschied. Die Ursache der Mordtat ist in einem Streite wegen der Mäher zu suchen. Böhrer wurde sofort verhaftet. Lemminger hinterläßt Frau und drei Kinder.

D. Konstanz, 7. Aug. Die außerordentlich starken Niederschläge in den letzten Wochen haben einen gegenüber dem Normalstand stark erhöhten Wasserstand des Bodensees gebracht. Glücklicherweise ist es noch nicht zu stärkeren Stürmen auf dem See gekommen, da sonst die Überschwemmungsgefahr außerordentlich groß wäre.

## Handel und Wirtschaft

### Devisennotierungen der Reichsbank

	6. August		6. August	
	Geld	Deut.	Geld	Deut.
Amsterdam 100 G.	169.58	169.92	169.58	169.92
Kopenhagen 100 Kr.	78.22	78.38	78.17	78.33
Italien 100 L.	21.50	21.54	21.48	21.52
London 1 Pf.	14.55	14.59	14.53	14.57
New York 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris 100 Fr.	16.475	16.515	16.47	16.51
Schweden 100 Kr.	81.86	82.03	81.85	82.01
Wien 100 Schilling	51.95	52.05	51.95	52.05
Braun 100 M.	12.465	12.485	12.465	12.485

## Staatsanzeiger

Dem Landesauschuß Baden der Arbeiterwohlfahrt wurde die Erlaubnis erteilt, Lote der in Preußen dem Hauptauschuß für Arbeiterwohlfahrt genehmigten Wertlotterie in Baden zu vertreiben.

Karlsruhe, den 8. August 1932.  
Der Minister des Innern.

Bekanntmachung.  
Staatliche Anerkennung von Musiklehranstalten.

Gemäß § 13 der Verordnung über den privaten Musikunterricht vom 19. April 1928 habe ich Fräulein Elisabeth Weicher in Mannheim die Berechtigung verliehen, der von ihr in Mannheim betriebenen Musiklehranstalt die Bezeichnung: „Weichers Konseratorium der Musik (Staatlich anerkannte Musiklehranstalt)“ beizulegen.

Karlsruhe, den 30. Juli 1932.  
Der Minister des Kultus und Unterrichts:  
Dr. Baumgartner.

Staatsprüfung für den mittleren technischen Dienst im Maschinenwesen und in der Elektrotechnik.

Die nachgenannten haben die im Juli 1932 abgehaltene Staatsprüfung für den mittleren technischen Dienst im Maschinenwesen bestanden und hierdurch nach der Verordnung vom 21. April 1932 die Berufsbezeichnung

„staatlich geprüfter Maschineningenieur“ erlangt.

Heinrich Bender aus Gernsbach, Ludwig Braungardt aus Ulm a. D., Friedrich Buchheit aus Sedentalheim, Ludwig Drag aus Karlsruhe, Richard Gad aus Karlsruhe, Ernst Gaaß aus Durlach, Gustav Kobermann aus Mannheim, Karl Körner aus Straßburg i. G., Hans März aus Mannheim, Heinrich Müller aus Forstheim, Kurt Neuberger aus Minsgolsheim, Alfred Sommer aus Heidelberg, Hans Stoeber aus Offenburg, Julius Ulrich aus Ettlingen, Rudolf Weiler aus Durlach.

Die weiter Genannten haben die im Juli 1932 abgehaltene Staatsprüfung für den mittleren technischen Dienst in der Elektrotechnik bestanden und hierdurch nach der Verordnung vom 21. April 1932 die Berufsbezeichnung

„staatlich geprüfter Elektroingenieur“ erlangt.

Kurt Alexander aus Sulzbach, Markus Graf aus Friedlingen, Hubert Gomburger aus Reiffeltingen, Erich Höpfinger aus Karlsruhe, Erwin Kiefer aus Karlsruhe, Heinz Kleinschmidt aus Zwingenberg, Heinz Körber aus Halle a. S., Wilhelm Laue aus Altheim, Heinrich Litterst aus Zell-Weiersbach, Franz Maile aus Furtwangen, Julius Mecklenburg aus Karlsruhe, Ernst Müller aus Döbendorf (Kanton Zürich), Martin Rothhöfer aus Mannheim, Wendelin Schent aus Mangelndingen, Kurt Scherer aus Karlsruhe, David Schneider aus Schwellingen, Maximilian Streck aus Oppenau.

Karlsruhe, den 8. August 1932.  
Der Minister der Finanzen:  
J. B. Sammet.

Lebensrettung.

Fräulein Helene Paul in Ludwigshafen a. Rh., Bärthstraße 6a, welche am 16. Mai 1932 am Strandbad in Mannheim durch entschlossenes und wagemutiges Eingreifen den 26 Jahre alten Schwimmer Max Sid aus Ludwigshafen vom Tode des Ertrinkens gerettet hat, spreche ich hiermit

eine öffentliche Belobung aus.

Mannheim, den 8. August 1932.  
Bad. Landeskommissar:  
Scheffelmeier.

## Personeller Teil

Ernennungen, Veretzungen, Zurruheetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Kultus und Unterrichts:

Auf Ansuchen bis zur Wiederherstellung der Gesundheit in den einstufigen Ruhestand versetzt:  
Direktor Julius Berger in Billingen.

Auf Ansuchen in den Ruhestand versetzt:  
Kangleiobersekretär Emil Jung beim Katholischen Oberstiftungsrat.

Kraft Gesetzes tritt in den dauernden Ruhestand:  
Hausmeister Franz Wäcker bei den vereinigten klinischen Anstalten in Freiburg.

Gestorben:  
Pflegerinspektor Michael Jaszkowski bei der Psychiatrischen Klinik der Universität Heidelberg.

